



---

FDP | 30.10.2016 - 12:45

## **THEURER-Gastbeitrag: Für eine positive europäische Vision**

Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied MICHAEL THEURER schrieb für „Focus Online“ den folgenden Gastbeitrag:

Es herrscht Chaos: Zuerst droht CETA an der SPD-Parteibasis zu scheitern, dann am Widerstand der Wallonie. Der EU-Kanada-Gipfel soll erst abgesagt werden, dann doch nicht, dann findet er tatsächlich nicht statt, dafür gibt es eine innerbelgische Einigung. CETA kann wohl zumindest zur vorläufigen Anwendung kommen – in jenen Bereichen, in denen eigentlich sowieso nur die EU zuständig ist.

Es stellen sich zwei Fragen: Sind die Institutionen der EU handlungsunfähig? Und: Ist CETA so überflüssig, schädlich und schlecht, wie es die Gegner darstellen? Die Diskussionen um das Freihandelsabkommen mit Kanada haben mehr als deutlich zu Tage gefördert, welch gespaltenes Verhältnis viele nationale und regionale politische Entscheidungsträger zur europäischen Ebene haben. In den letzten Tagen und Wochen ging das so weit, dass es weltweit Zweifel an der Handlungsfähigkeit der EU keimen lies.

Dass nun sogar in der Handelspolitik in öffentlichen Diskussionen die Entscheidungskompetenz der EU in Frage gestellt wird – welch ein Armutszeugnis! Im Trommelfeuer der Europa-Skeptiker, die keine Gelegenheit auslassen, die EU als zentralistisches Monster zu schmähen, tritt in den Hintergrund, dass die Europäische Union alles andere ist als ein Bundesstaat.

Schaut man kurz zurück auf die Geschichte von CETA, so fällt zunächst auf: Die EU-Kommission hat dieses Abkommen ja nicht irgendwie aus dem Hut gezaubert. Vielmehr hat sie einen Auftrag von den EU-Mitgliedsstaaten bekommen, ein Handelsabkommen mit Kanada zu verhandeln – und zwar einstimmig. In diesem Mandat wurden die Eckpunkte eines möglichen Abkommens klar definiert; 2011 wurde der Auftrag hin zu einem umfassenderen Investitionsschutz verändert. Im September 2014 wurde der Vertragstext öffentlich zugänglich. Es konnte durch die nationalen Vertreter genau überprüft werden, ob das Ergebnis mit der Aufgabe übereinstimmt.

Doch die Regierungen der Mitgliedsstaaten haben in der öffentlichen Kommunikation wenig getan, um zu ihrer Entscheidung zu stehen. Teilweise konnte man den Eindruck gewinnen, sie wollten CETA sogar sabotieren – wie beispielsweise durch die gezielte Finanzierung von Freihandelsgegnern durch das damals noch CDU-geführte Bundesumweltministerium.

Ja, die Freihandelsabkommen haben in der Bevölkerung Ängste und Debatten ausgelöst. Die wesentlichen Bedenken, die Bürger, Kommunen und NGOs vorgetragen haben, wurden von Seiten der EU-Kommission und der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aufgenommen. Den meisten konnte Rechnung getragen werden: der gesamte Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist von CETA nicht betroffen, der Investorenschutz wurde in CETA grundlegend modernisiert, die Schiedsgerichte sollen durch einen Handelsgerichtshof ersetzt werden.

Und geographische Herkunftsangaben bleiben selbstverständlich in Europa weiterhin geschützt und es werden keinerlei Standards, weder im Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz gesenkt. Auch einen Import hormonbehandelten Rindfleischs wird es nicht geben. Das Recht der Regierungen, im öffentlichen Interesse zu regulieren, ist entgegen anderslautender Gerüchte nicht betroffen, das wird im

Vertragstext vielfach betont. Das schließt auch ein, dass öffentliche Dienstleistungen wie die Wasserversorgung oder die Gesundheitsvorsorge nicht privatisiert werden müssen. Wenn CETA als „das modernste Abkommen seiner Art“ bezeichnet wird, ist dies keine Übertreibung.

Es ist völlig klar, dass bei einer Öffnung für zusätzlichen Handel nicht immer jeder profitiert. Strukturwandel kann schmerzhaft sein. Einen Bereich, in dem die EU mit Kanada allein schon aufgrund der Bevölkerungsdichte nicht konkurrenzfähig wäre – die Landwirtschaft – hat man daher ausgeklammert. Über den Risiken für Einzelne werden jedoch offenbar die Vorteile und Chancen für die Vielen der großen Mehrheit vergessen: Transparenz bei Verwaltungs- und Zollvorschriften etwa, kommen vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen und ihren Beschäftigten zugute – lies: dem deutschen Mittelstand!

Fast alle Zölle abgeschafft – das bedeutet eine Entlastung von 500 Millionen Euro im Jahr für europäische Unternehmen. Auch der Zugang zum kanadischen öffentlichen Beschaffungsmarkt mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro Umfang pro Jahr hat bislang kein einziges Land der Welt. Natürlich ist der kanadische Markt im Verhältnis zur Wirtschaftskraft Europas eher klein, doch Kanada ist auch nur ein Handelspartner von vielen. Wie nützlich solche Abkommen bei der Schaffung zusätzlichen Handels und damit zusätzlichen Wohlstands an beiden Enden sind, hat man am Abkommen mit Südkorea gut gesehen: Es trat 2011 in Kraft, seither sind die europäischen Exporte dorthin um 55 Prozent oder um 16,7 Milliarden Euro angestiegen.

Besonders betroffen sind beispielsweise Autoteile, deren Export sich fast verdoppelt hat. Ein Lichtblick für die deutsche und europäische Automobilzuliefererindustrie, die hunderttausende Menschen beschäftigt und die diese Absatzmärkte dringend braucht. Die Befürchtungen hingegen, man werde dann von „Billig-Importen“ überschwemmt, haben sich nicht bestätigt. Tatsächlich wurde sogar aus dem Handelsdefizit mit Korea ein Handelsüberschuss.

Was die Situation der letzten Tage wieder einmal demonstriert hat, war, dass die Vorteile für eine gewaltige Mehrheit der 507 Millionen EU-Bürger nichts zählen, wenn sich aus dem Widerstand politischer Gewinn ziehen lässt. Die direkt gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Europäische Kommission sind dem Gesamtinteresse Europas verpflichtet. Die Parlamentarier und Regierung Walloniens wurden gewählt, um die Interessen Walloniens im Blick zu haben. Wenn nun kleinste Einheiten die Interessen der gesamten EU blockieren können, führt dies auf einen Irrweg. Es entsteht das Risiko, dass überhaupt nichts mehr entschieden werden kann.

In der Flüchtlings- und Migrationspolitik, bei der Sicherung der Außengrenzen und der Sicherheitspolitik ebenso wie jetzt bei der Handelspolitik zeigt sich: Die Krise der Europäischen Union ist das Versagen der Nationalstaaten. Die Alternative zu einer starken EU ist Kleinstaaterei. Die Folge ist eine Politik, die bestimmt ist von nationalen Egoismen, regionalen Partikularinteressen und politischer Blockade. Die Idee, die EU sei nur dann zu retten, wenn man in jede Entscheidung die nationalen (und teils regionalen) Parlamente mit einbezieht, ist grundfalsch. Genau diese Haltung zerstört jede Handlungsfähigkeit und ist letztlich das Ende des europäischen Projekts. Denn mehr nationale Kompetenz ist die falsche Antwort, wenn die Uneinigkeit der Nationalstaaten die Ursache der Probleme ist. Dies stärkt im Gegenteil die Zentrifugalkräfte. Das innerbelgische Tauziehen und die Gefahr eines Vetos einer Region mit 3,6 Millionen Einwohnern zeigen, dass das jetzige Entscheidungsverfahren und insbesondere die Kompetenzzuordnung dringend überdacht werden sollte.

Ich plädiere für eine positive Vision: Die Antwort muss mehr Gemeinsamkeit sein, diese wächst durch die Zusammenarbeit in gemeinsamen Institutionen. Die EU ist ein gemeinsamer Binnenmarkt. Der Wohlstand, der durch die Personen-, Güter- und Kapitalverkehrsfreiheit entstanden ist lässt sich schwerlich zu hoch einschätzen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt braucht gemeinsame Regeln – auch im Außenhandel. Für die EU als Gesamtmarkt kann nur die EU Handelsabkommen verhandeln. Alles andere würde zu der absurden Situation führen, dass in Teile der EU manche Güter zu bestimmten Bedingungen eingeführt werden dürfen, in anderen jedoch nicht – sie sich jedoch wegen des freien

Güterverkehrs anschließend grenzenlos auf die gesamte EU verteilen können.

Die Entscheidung darüber muss bei den demokratisch gewählten Institutionen der EU liegen: Dem direkt gewählten Europäischen Parlament und dem Rat der EU. Dies sollte im Dialog mit den Bürgern und den nationalen Parlamenten geklärt werden – der Lissabonner Vertrag sieht dies vor. Natürlich stellt sich jedoch weiterhin die Frage, wie sich die demokratische Legitimation der EU stärken lassen kann. Hierfür gibt es eine einfache Antwort: Das Europäische Parlament muss mehr Rechte bekommen, um seine volle Wirkungskraft zu entwickeln. Es braucht endlich das Recht zur Gesetzesinitiative. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die notwendigen Reformen beherzt anzugehen.

Hin zu einer EU, die dort handlungsfähig ist, wo primär gemeinsame Interessen berührt sind – gemeinsame Regeln für Binnenmarkt und Außenhandel – einschließlich des digitalen Binnenmarkts, gemeinsame Sicherheitspolitik inklusive Grenzschutz, gemeinsame Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerflucht. Aber zugleich eine EU, die sich nicht regulierend in alle Lebensbereiche einmischt.

---

**Quell-URL:** <https://www.liberales.de/content/theurer-gastbeitrag-fuer-eine-positive-europaeische-vision>